



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Zwei Fragen des Tages.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Zwei Fragen des Tages.

**N**eben der Herzensfrage, welche die Blicke zunächst der Preußen, dann der gesamten deutschen Nation mit tiefem Mitleid und schwerer Besorgnis auf das trübe Geschick gerichtet hält, das sich in San Remo vollzieht und nach menschlichem Ermessen kaum mehr auf eine dauernde Wendung zum Bessern hoffen läßt, beschäftigen die erregte Welt gegenwärtig vor allem zwei rein politische Fragen, die in gewissen Beziehungen mit einander zusammenhängen: einerseits der Rücktritt des Ministeriums Rouvier und der mögliche Ausgang der Präsidentschaftskrisis in Paris, andererseits die Bedeutung des Besuchs Zar Alexanders in Berlin. Die Erkrankung, von welcher das Leben des französischen Staates infolge der bis in die höchsten Schichten der Gesellschaft verbreiteten Korruption einerseits und des Parlamentarismus andererseits seit Jahren ergriffen ist, hat in den letzten Wochen Fortschritte gemacht, die den Gedanken an eine Katastrophe näher denn je legen. Die Korruption hat nach den neuesten Enthüllungen sich bis in die Familie des Präsidenten hinaufgefressen, und wenn der Egoismus der Kammerparteien bisher nur die obersten Räte des Staatsoberhauptes stürzte, so stand er in diesen Tagen im Begriffe, durch seine Manöver auch das letztere zum Rücktritte zu nötigen. Die Lage war stets beunruhigend, vor einiger Zeit aber hatte sie sich merklich verschlimmert, und die Präsidentschaftskrisis, die man vorher, wo nicht vermeiden, doch vertagen zu können hoffte, trat plötzlich in ein akutes Stadium. Der Grund war der Schwiegersohn Grevys, Wilson. Ungern hatte der Präsident in die Verbindung seiner Tochter mit diesem Manne gewilligt, der sich durch wüstes, verschwenderisches Leben und bedenkliche Börsengeschäfte in übeln Ruf gebracht hatte und sich nun in der Ehe so wenig änderte, daß mehrmals eine Trennung

Grenzboten IV. 1887.

derselben sehr nahe war. Jetzt ergab sich auch, daß er in den schmutzigen Handel der Limousin verwickelt war, und dabei kamen andre garstige Benutzungen seiner Stellung in der unmittelbaren Nähe des Staatsoberhauptes zu Tage. Die Entdeckung, daß Briefe, die man im Hause der Limousin in Beschlag genommen und unter gerichtliches Siegel gelegt hatte, weggebracht und durch harmlosere ersetzt worden waren, und der Verdacht, daß Wilson dabei beteiligt gewesen war, ließ die ganze Angelegenheit eine gefährlichere Gestalt annehmen. General Caffarels Prozeß wurde suspendirt und eine Untersuchung der Umstände angeordnet, unter denen ein solcher unerhörter Eingriff in den Gang der Gerechtigkeit möglich gewesen war, aber dieser Schritt wurde von der Regierung erst gethan, als die Kammer ihn gefordert hatte, und die notgedrungene Einwilligung vonseiten der Minister erschien als Niederlage. Mittlerweile tauschten die Polizeipräfektur und das Gericht gegenseitig halbamtliche Beschuldigungen aus, und die Entlassung des Präfekten Gragnon schien zu beweisen, daß jedenfalls die Regierung sich entschlossen hatte, zu verfahren, als ob dieser Beamte sich tadelnswert verhalten habe. Was das Ergebnis der Untersuchung sein und wie weit es eine Schuld Wilsons — gegen welchen unzweifelhaft das *cui bono* in Anwendung kommt — herausstellen wird, ist augenblicklich noch die Frage. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß selbst dann, wenn ihm die Beseitigung kompromittirender Briefe und deren Ersetzung durch Fälschungen nicht nachgewiesen wird, die Reinigung vom Verdacht über ein „wegen Mangel an genügendem Beweise“ hinausgehen wird, und in diesem Falle wird die Masse von allgemein geglaubten Beschuldigungen seiner Person um eine sehr schwere vermehrt werden. Kurz, alles scheint immer deutlicher zu zeigen, daß es mit der öffentlichen Laufbahn des Schwiegersohnes Grevys binnen kurzem zu Ende sein wird. Zu gleicher Zeit mit diesen Vorgängen schien der Entschluß des Präsidenten, ihn nach Möglichkeit zu unterstützen, zu schützen und mit dem eignen Ansehen zu halten, immer fester zu werden. Hartnäckig sollte er die ihm in der Sache von den Ministern gemachten Vorstellungen abgelehnt und erklärt haben, sich von seinem Schwiegersohne unter keinen Umständen trennen zu wollen. Indes wird dieser Entschluß schwerlich noch lange vorhalten, und es ist kaum zu bezweifeln, daß der betagte Präsident mit seinem stark ausgeprägten Familiensinne sich sehr bald vor die Wahl gestellt sehen wird, entweder das Tischtuch zwischen sich und dem mindestens stark anrühigen und unmöglich gewordenen Tochtermann zu zerschneiden oder auf seine jetzige amtliche Stellung an der Spitze der Republik zu verzichten. Rouvier und seine Kollegen haben mit verzeihlichem Eifer, eine derartige Krisis zu vermeiden, sich nach Kräften bemüht, Grevy diese schließliche Wahl zu ersparen, aber die Verbindung von Parteigeist und ehrlicher Entrüstung, die in der Kammer gegen Wilson und unmittelbar gegen dessen Schwiegervater andrängt, hat sich in jedem Stadium der Angelegenheit stärker als sie erwiesen. Sie vermögen die Alter-

native nicht auf die Dauer fern zu halten, und ehe viele Tage ins Land gehen, wird Grevy vor der historischen Wahl seines Vorgängers zwischen Unterwerfung unter die Kammer und Abdankung stehen. Und es ist sehr fraglich, ob ihn eine jegliche Nachgiebigkeit gegen die Feinde im Parlament für längere Zeit vor neuem Ansturm sichern würde. Bei den ersten Angriffen, die in der Deputirtenkammer erfolgten, hieß es, der Präsident sei willens, abzutreten, wenn eine parlamentarische Untersuchung gegen seinen Schwiegersohn beschlossen würde; dann sollte er seine Abdankung in Aussicht gestellt haben, falls Wilson schuldig befunden werden sollte. Es darf bezweifelt werden, daß dies mehr als eine Drohung, also ein fester, endgiltiger Entschluß war, wenn es überhaupt bestimmt ausgesprochen wurde. Grevy hat bisher auf seinem Posten ausgeharrt, nicht aus Ehrgeiz oder andern selbstsüchtigen Beweggründen, sondern weil er, der überzeugte Republikaner, die Republik mit einer andern Spitze als stark gefährdet betrachtet. Thiers war Republikaner nur aus Not, unter Macmahon zogen schwere Wolken gegen die neue Staatsform herauf, erst mit Grevys Amtsantritte war sie vor Umsturz von oben her gesichert. Er entfernte unzuverlässige Generale, er hielt später Gambetta nieder, als dieser cäsarische Velleitäten verriet, er stürzte den gefährlichen Mann, indem er mit Aufbietung seines ganzen Einflusses den Senat zur Verwerfung des Listenwahlgesetzes bewog, welches diesen auf den Gipfel der Macht zu heben bestimmt war. Als diese Gefahr vorüber war, griff der Präsident, seiner Überzeugung von der seligmachenden Kraft des Parlamentarismus getreu, lange Zeit nicht mehr ein und begnügte sich, Zünglein an der Parteiwaage zu sein. Jetzt aber sieht er sein Ideal, die „Republik der achtbaren Leute,“ zu gleicher Zeit von drei Seiten bedroht: gefährlicher als unter der Präsidentschaft Macmahons ist jetzt schon seit mehreren Jahren die royalistische Strömung, ungestüm drängen die Radikalen auf verderbliche Maßregeln im Innern hin, während Boulanger sich mit geschickter Benutzung der Schwächen seiner Landsleute und als Gesamttypus dieser Schwächen eine Popularität erworben hat, die fast an die von Gambetta reicht. Grevy wird angesichts dieser Lage der Dinge nicht leicht von seinem Posten weichen wollen. Es fragt sich aber, ob er nicht über kurz oder lang gehen muß. Bald sind es zwei Jahre, daß er zum zweiten male Präsident der Republik wurde, und es ist schon seines hohen Alters wegen nicht wohl anzunehmen, daß er die fünf Jahre, welche seine Amtsdauer noch einschließt, in jener Stelle verbleiben wird. Aber die Ungebuld und die Veränderungs liebe des Charakters der Franzosen findet, daß er an ihr schon zu lange steht. Man setzt die Achtung, die ihm als Staatsoberhaupt zukommt, aus den Augen, verdächtigt und schmäh't ihn, ergreift mit Behagen die Gelegenheit, welche die unsaubere Aufführung seines Eidams bietet, um ihn ebenfalls für beschmuzt zu erklären, und ist für den Fall, daß Wilson gerechtfertigt aus der über ihn verhängten Untersuchung hervorginge, bereit, den Präsidenten alsbald durch Beschuldigung anderer von seinen Familiengliedern in den Not zu schieben.

Schon versucht man, seinen Bruder Paul als bei dem Handel der Limousin beteiligt hinzustellen, zwei andre nahe Verwandte, Albert Grevy, früher Gouverneur von Algerien, und Leon Grevy, Mitglied des Staatsrates, werden des Amtsvertrags beschuldigt, dem Präsidenten selbst wird vorgeworfen, seine ganze Betterschaft auf Staatskosten versorgt zu haben, endlich wird auch die alte Klage wiederholt, Wilson habe während der Gambettaschen Periode im Auftrage Grevys in der Deputirtenkammer allerhand Intriguen getrieben. Wie viel davon auch begründet sein mag, zweifelsohne liegen diesen Angriffen doch mehr das Strebertum in der Volkskammer und der Neid, welcher aller Demokratie beivohnt, zu Grunde; auch muß man sich erinnern, daß Grevy bei seiner zweiten Wahl 140 Republikaner gegen sich hatte, während 270 Monarchisten sich dabei der Abstimmung enthielten. Der Wunsch des Präsidenten geht jetzt dahin, die nächsten zwanzig Monate noch auf seinem Posten aussharren zu können, weil im Sommer 1889 neue Wahlen zur Deputirtenkammer stattfinden müssen, von welchen er ein günstiges Ergebnis für die Republik erhofft, und bis zu welchen er das Staatsschiff weiter zwischen Klippen und Untiefen hindurchsteuern möchte. Wir haben Ursache, zu wünschen, daß seine Hoffnung sich erfülle, da er vergleichsweise in seinem Verhältnisse zu Deutschland als kühler, nüchterner Politiker und darum friedfertig erscheint, fürchten aber, daß es ihm nicht vergönnt sein wird, sich noch lange gegen die Flut zu halten, die in der letzten Zeit in so bedenklicher Höhe gegen ihn angeschwollen ist, und dann wäre es nicht unmöglich, daß Boulanger, der Mann der Revanche, zunächst wieder Minister und darauf Grevys Nachfolger würde. Allerdings hat der Caffarelsche Prozeß seinen Ruf etwas geschädigt, indes wird dergleichen in Frankreich leichter vergessen als anderwärts, und es lag bereits Bedenkllicheres gegen ihn vor, ohne daß es seiner Popularität wesentlich und dauernd Abbruch gethan hätte.

Wir kommen jetzt zu dem Besuche, den der Zar unserm Kaiser in diesen Tagen abstattete, nachdem sein Erscheinen in der Reichshauptstadt monatelang zweifelhaft gewesen war. Der Besuch war kurz, der Empfang selbstverständlich so glänzend und so herzlich, wie ihn der Beherrscher des mächtigen Nachbarreiches, der überdies ein naher Verwandter unsrer kaiserlichen Familie ist, beanspruchen konnte. Auch der Reichskanzler war, allerdings erst durch die Sendung Graf Lehndorffs von Friedrichsruhe herbeigerufen, dabei zugegen. Doch ist daraus nicht zu schließen, daß es sich bei der Zusammenkunft auch um eingehende Besprechung der zwischen Rußland und dem deutschen Reiche bestehenden Meinungsverschiedenheiten gehandelt habe, und noch weniger wird an irgendwelche bestimmte Abmachungen politischer Art, die dabei zu stande gekommen wären, zu denken sein, da ja schon zur bloßen Einleitung solcher doch wohl die Anwesenheit des Herrn von Giers notwendig gewesen sein würde. Der Besuch war also wesentlich ein Familienereignis mit einem gewissen politischen Beigeschmack, insofern als er zeigte, daß die Entfremdung zwischen den betref-

fenden beiden Reichen, die unleugbar besteht, noch nicht soweit gediehen ist, daß sie freundliche Begegnungen ihrer Beherrscher ausschließt, was bei einer Rückreise des Zaren durch Deutschland, die Berlin nicht berührt hätte, natürlich anzunehmen gewesen wäre. Es war ein Akt schwer zu vermeidender Höflichkeit, wenn Alexander III. von Kopenhagen über Berlin nach Petersburg heimkehrte, kein Zeichen der Annäherung. Man hätte sonst bei uns, als man von der Absicht schon wissen mußte, nicht zu den bekannten Maßregeln auf finanziellem Gebiete gegriffen, und man hätte sonst andererseits die immer nur scheinbar unabhängige russische Presse genötigt, einen wesentlich andern Ton gegen Deutschland anzuschlagen, als den, in welchem sie in den letzten Jahren gespielt hat. Als die Berliner Kaiserbegegnung wahrscheinlicher wurde, beliebten sich diese Blätter, ihr jede politische Wichtigkeit abzusprechen, und später liebten sie weiter zu gehen und dabei eine Art Fußfall Deutschlands vor Rußland zu erwarten. Man las da z. B. im „Graschdanin“ Fürst Meshcherskys, des Erben Katkows, folgende hochmütige Tiraden: „Die geschichtliche Ordnung der Dinge war so gestaltet, daß das deutsche Reich ohne Rußland nicht entstehen konnte und nicht weiter bestehen kann, mit andern Worten, daß die Einigung Deutschlands, der Erfolg des Programms und der Politik des Fürsten Bismarck, von der Einwilligung und Unterstützung Rußlands abhingen. So entwickelte sich das denn auch. Die Unterstützung wurde gewährt, und Deutschland gelangte zur Einheit, Bismarck wurde der Götze Deutschlands. Bismarck wollte aber nun das Gesetz, nach welchem Deutschland von Rußland abhängig ist, beseitigen und an seine Stelle das Gegenteil setzen, die Abhängigkeit Rußlands von Deutschland. Er suchte das auf zwei Wegen zu erreichen: erstens durch den Abschluß verschiedener gegen Rußland gerichteten Bündnisse und zweitens durch Entstellung der Thatsachen, wodurch den Deutschen jedes Gefühl der Verpflichtung abhanden kommen sollte, Rußland dankbar zu sein. Auf beiden Wegen gelang es dem deutschen Kanzler, aber schließlich trat nur das Gegenteil seines Endzweckes ein: Rußland hat Deutschland jetzt in keiner Weise mehr nötig, dagegen hängt letzteres gegenwärtig mehr denn je vorher von Rußland ab.“ Ähnliche Thorheit predigen auch andre kluge Thebaner der russischen Journalistenwelt, und zwar sicherlich meist in höherm Auftrage oder doch mit wohlgefälligem und ermunterndem Kopfnicken hochstehender Herren. Es soll ein naturwidriges Verhalten sein, wenn Deutschland sich auf gleichen Fuß mit Rußland stellt, es nicht als Lehnherrn, als Gönner ansieht und behandelt, und da man das nicht mit dürren Worten zu sagen sich erdreisten mag, so wird behauptet, der deutsche Reichskanzler suche Rußland unter unsre Botmäßigkeit zu bringen. Das wird auch in einem sonst nicht unverständigen Aufsatze der „Peterburgskaja Wjedomosti“ ausgesprochen, wo es heißt: „Von einem Verzicht auf selbständige Politik kann bei Rußland nicht die Rede sein, aber eine gute Nachbarschaft und gute Beziehungen zu

Deutschland sind für beide Länder außerordentlich wichtig, und diese Beziehungen wären ohne Schwierigkeiten herzustellen, wenn nur Deutschland die verhängnisvolle Kette, welche es an Österreich fesselt, zerreißen und sich durch den unzweifelhaften Mehrwert überzeugen lassen wollte, welchen ein aufrichtiges Verhalten im Vergleiche zu den lästigen Bedingungen der Friedensverschwörungen hat." Wir sind anderer Meinung. Erstens hat die deutsche Politik der russischen nie Anlaß gegeben, zu klagen, daß sie es an Aufrichtigkeit fehlen lasse, wenn es sich um russische Interessen handle, zweitens denkt sie nicht daran, Rußland unselbständig zu machen, drittens liegt uns der Gedanke, daß es wünschenswert sei, an Rußland einen guten Nachbar zu besitzen, so nahe am Herzen, wie verständigen Russen die Überzeugung, daß es für Rußland von hohem Werte ist, an Deutschland einen Freund zu haben. Nur ist uns das Hemd näher als der Rock, Österreichs Freundschaft besser, weil gewisser als Rußlands Freundschaft, und niemals wird uns die letztere das Gefühl voller Beruhigung einflößen, welches wir im Hinblick auf die „Friedensverschwörungen“ empfinden, und zwar ist das aus folgenden Gründen unmöglich. „Alles Russische ist Rauch! Rauch oder Dunst, nichts weiter. Der Wind dreht sich, und alles bewegt sich in einer Richtung, welche der bisherigen entgegengesetzt ist.“ So schrieb einst Turgenjew, und wenn wir die letzten Jahre der russischen Politik betrachten, so finden wir das Bild, mit welchem der Dichter das Wesen und die Zustände seines Volkes kennzeichnete, auch auf diesem Gebiete zutreffend. Unbeständig, abhängig vom Winde der Doktrin, des Gefühls, der Laune, im eigentlichen Sinne inhaltslos, charakterlos und ziellos, erschien fast alles Einzelne, was dort geschah oder geschehen wollte. Namentlich gilt dies von den Bestrebungen und Versuchen, welche die Geschichte der innern Politik, und von denen, welche die des Verhaltens zu den westlichen Nachbarn bilden. Rauch, vom Winde bewegt, waren die liberalen Reformen, mit denen Rußland von Alexander II. gegen die Natur des Volkes bedacht wurde. Als Rauch wird sich erweisen, was seitdem die innern Zustände nach dieser Natur, wie die Nationalen, die Verächter der westlichen Kultur meinten, bestimmen und gestalten sollte. Rauch ist der eroberungsjüchtige Panславismus, und dasselbe ist von dem kirchlichen Byzantinertum zu sagen, dessen Propheten Pobedonoszew und sein Anhang sind. Rauch ist die russische Freundschaft, gleichviel, ob sie sich den Franzosen oder uns anträgt. Auch der russische Haß gegen uns darf unter den jetzigen Umständen als Rauch betrachtet werden, der bedenklicher aussieht, als er in Wirklichkeit ist, weil sein Feuer nur von Stimmungen, die unklar und vergänglich sind, nicht von Bedürfnissen genährt wird, und weil gesorgt ist, daß dieses Feuer bei einem Ausbruche bald seine Schranken findet. Wir haben gegenwärtig von Rußland nichts zu hoffen, wir haben aber auch nicht so viel von ihm zu besorgen, als es manchem scheint. Wir sind auch ihm gegenüber bedürfnislos, die deutsche Politik kann ihm trotz seiner unfreundlichen Mienen

wohlwollen, sie kann ihm, wie bisher, in allen billigen Verlangen sich dienstbereit erzeigen, sie hat es aber nicht nötig, um seine Gönnerschaft mit Opfern zu werben, schon weil diese seine Gunst, stets unzuverlässig, gerade in der letzten Zeit besonders wenig Vertrauen beanspruchen konnte.

Von diesem Standpunkte aus betrachteten wir bisher das ganze Kopfzerbrechen über die Frage, ob der in Kopenhagen zum Besuche weilende Zar auf seiner Rückreise mit unserm Kaiser eine Zusammenkunft haben werde. Von ihm aus urteilen wir auch jetzt, wo die Frage bejaht wurde und die Begegnung der beiden Monarchen stattgefunden hat. Wir haben die fieberhafte Sehnsucht nach dem Erscheinen Alexanders des Dritten in Stettin und das Grübeln der Tagesblätter, ob er wirklich kommen werde oder nicht, nur in sehr mäßigem Grade geteilt. Die Sache schien uns mehr für Börsenmänner und Aktienbesitzer von Bedeutung, und es kam uns vor, als ob man dem berechtigten Selbstgefühl der deutschen Nation etwas vergäbe und an ihrer Würde sich versündigte, wenn man mit Eifer jenes Zusammentreffen herbei wünschte und, als es einige Wochen unterblieb, in Klagen ausbrach. Kaltblütigkeit, wenn auch nicht gerade Gleichgültigkeit war unsrer Ansicht nach die einzige Empfindung, welche hier am Orte war. Und so denken wir auch jetzt noch. Der Besuch des Zaren in Berlin ist kein Ereignis, am wenigsten ein Ereignis ersten Ranges, und es ist unwürdig und zugleich unklug, ihn als solches zu bejubeln, unklug, weil eben alles Russische Rauch ist, „Rauch und Dunst, nichts weiter“, oder doch nicht sehr viel mehr.



## Die deutschen Kolonisationsbestrebungen in Ostafrika.

Von Harry Denicke.

(Schluß.)

**J**eder, der in die innere Geschichte und das persönliche Getriebe der ostafrikanischen Gesellschaft einen Einblick gethan hat, weiß: ohne Peters hätten wir Ostafrika überhaupt nicht, und ohne seine weitere Thätigkeit wären vermutlich auch die ersten Gebietserrungenschaften dort wieder zerronnen oder doch sicherlich nicht zu dem großartigen Umfange emporgewachsen, den das Londoner Protokoll aufweist. Dabei erwäge und würdige man die außerordentlich erschwerenden Umstände, unter denen er sein Unternehmen anfang und fortführte. Er war kein Großkaufmann oder reicher Bankier, auch nicht der Erbe eines volltönenden